

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2,00 Mark, monatlich 70 Pfennig. — Postzeitungsliste Nr. 40692, sechster Nachtrag.

Redaktion u. Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46.
Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die viergespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., Veranlagungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 50 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 118.

Freitag, den 24. Mai 1907.

14. Jahrg.

Hierzu eine Beilage.

Eine reaktionäre Paarung in Frankreich.

Im französischen Parlament ging es in voriger Woche stürmisch her. Die zahlreichen Streiks, deren Schauplatz Paris war, die antimilitaristische Agitation der Anhänger Hervés, die den guten Bürgern namentlich aus dem Grunde besonders schreckhaft erschien, weil in Maueranschlägen die Soldaten aufgefordert wurden, nicht auf ihre streikenden Brüder zu schießen, halten die Bourgeoisie und das namentlich in Paris noch sehr zahlreiche kleine Unternehmertum in eine solche Wut versetzt, daß sie in ihren Zeitungen und Versammlungen in wildes Entzückungsgeheul ausbrachen. Dazu kamen die Nachrichten aus dem Süden, die die große Erregung der Weinbauern meldeten, die stellenweise schon zu offenen Revolten geführt hatte.

Kein Wunder daher, daß die bürgerliche Mehrheit der französischen Volksvertretung in eine Stimmung geriet, welche der vom Juni 1848 und vom Mai 1871 läufigend ähnlich sah. Die drakonischen Maßregeln des Ministeriums Clemenceau, dem bekanntlich auch die früheren Mitglieder der sozialistischen Partei Briand und Viviani angehören, fanden nicht nur den lauten Beifall der bürgerlichen Abgeordneten, sondern sie waren ihnen noch nicht einmal brutal genug. Ein wütender Beifallssturm wurde entfesselt, als die reaktionäre Deschanel und Ribot in der Kammer das Hallali gegen den allgemeinen Arbeitsbund bliesen, der von dem Unternehmertum als der eigentliche Herd der Streikbewegung aufs bitterste gehäht wird.

Schon einige Tage vor der Beratung der sozialistischen Interpellation über die gegen die Gewerkschaften ergriffenen Maßregeln hatte Genosse Saures in der „Humanité“ Briand und Viviani aufgefordert, ihr Ministerportfeuille niederzulegen, da für jeden, der sich zu sozialistischen Grundfragen bekennt, es unmöglich wäre, die Maßnahmen der Regierung gegen die um bessere Lebensverhältnisse kämpfende Arbeiterklasse zu verteidigen. Dieser Aufforderung kamen aber Briand und Viviani nicht nur nicht nach, sondern sie brachten es sogar fertig, die Maßnahmen des Ministeriums gegen die scharfen Anklagereden Saures, Sembats und der anderen Genossen ausdrücklich zu verteidigen und zugleich schwere Anschuldigungen gegen die sozialistischen Führer zu richten, die sich ihrer Ansicht nach von Anarchisten und Antimilitaristen hätten ins Schlepptau nehmen lassen.

Die bürgerliche Welt sah natürlich diesen Kampf der sozialistischen Minister mit den sozialistischen Führern mit hellem Ergötzen zu. Briand und Viviani, die noch vor wenigen Tagen von der bürgerlichen Presse mit Schmutz bemordet worden waren, wurden über Nacht die Löwen des Tages. Als die „wahren Sozialisten“ wurden sie nun der Arbeiterklasse angepriesen und gegenüber den sozialistischen Führern, die natürlich nur die Massen verhegen wollten, nach allen Regeln journalistischer Kunst herausgestrichen.

Man kann nicht verkennen, daß in Frankreich durch die letzten Vorgänge der Gedanke der sozialistischen Ministerschaft einen schweren Stoß erhalten hat. Freilich war man sich schon früher völlig darüber klar, daß ein Sozialist, der in ein bürgerliches Ministerium eintritt, nicht länger Mitglied einer sozialistischen Organisation bleiben könne. Aber man hielt es doch für möglich, mit dem aus den eigenen Reihen hervorgegangenen Minister wenn auch nicht parteigenössische, so doch freundschaftlich-politische Beziehungen zu unterhalten und dadurch den politischen Einfluß auf die Regierung zu verstärken. Diese Auffassung hatte sich insbesondere in den letzten Jahren verstärkt infolge der konsequenten Besonnenheit, mit der Briand den Kampf gegen den Klerikalismus führte und die Trennung von Kirche und Staat nur praktischen Ausführung brachte. Die letzten Vorkommnisse in der französischen Kammer haben aber diesen guten Eindruck total verwischt. Um die Gefahren der Teilnahme von Sozialisten an einem bürgerlichen Ministerium nachzuweisen, braucht man heute nicht mehr lange theoretische Ausführungen zu machen, sondern es genügt, auf das Verhalten von Briand und Viviani gegenüber Saures und Sembat hinzuweisen, welche erstere nicht nur ihre Vergangenheit verleugneten, sondern auch vor aller Welt ihr sozialistisches Erstgeburtsrecht für ein Ministerportfeuille verschachtelten.

Das Verhalten der Briand und Viviani in jenen denkwürdigen Sitzungen der französischen Kammer hat nicht nur ihren Abfall von den sozialistisch-demokratischen Grundgedanken gezeigt, sondern auch eine scharfe Trennung der Parteien im Parlament selbst herbeigeführt. Eine neue Partei hat sich im Palais Bourbon gebildet. Ein antimilitaristischer „Block der Ordnung“, der sich zusammenschließt

aus denen, die nie ein Reformprogramm gehabt haben, und aus solchen, die zwar eins besitzen, aber freudig darauf Verzicht leisten, es durchzuführen, ist ins Leben getreten. Weder Reaktion noch Revolution, lautet die Lösung der radikal-reaktionären Einigung, an deren Spitze das Triumvirat (Dreiherrschaft) Clemenceau-Briand-Viviani steht. Der französische Radikalismus hat damit seinen Bankrott angemeldet. Nach einem kurzen, vielversprechenden Anlauf auf der Bahn der Reformen, sinkt er wieder in seine frühere Untätigkeit zurück.

Das aber ist die Reaktion, vielleicht die schlimmste der Reaktionen, weil sie sich mit dem glänzenden Mantel des Fortschritts umhüllt. Es ist die großbürgerliche Reaktion der reichen Kapitalisten, der beutegierigen Politiker, der parlamentarischen Intriganten, heißhungrig auf politische Macht und immer bereit, Grundstücke preiszugeben, um persönliche Erfolge zu ergattern. Sie sind es auch, die das parlamentarische Regime oft so abstoßend erscheinen lassen, sie sind es, die dem Volke jeden Geschmack an der politischen Aktion verderben und die Erfolge der anarchistischen Agitation vorbereiten und dadurch das Proletariat, das sich vom Joche der Lohnarbeit zu befreien sucht, in anarchistische Bahnen treiben.

Das Ministerium Clemenceau-Briand-Viviani hat Beamte abgesetzt, die sich zu organisieren wagten, es hat Mitglieder des allgemeinen Arbeitsbundes ohne Gründe verhaftet und die Unterzeichner eines Maueranschlags, der die Soldaten aufforderte, nicht auf Streikende zu schießen, anklagen lassen. Doch alle diese Maßnahmen haben den Strom der gewerkschaftlichen Bewegung der arbeitenden Klasse nicht aufhalten können. Im Gegenteil. Der neugegründete reaktionäre Block, der den französischen Gewerkschaften jede politische Aktion unmöglich machen will, wird damit nur erreichen, daß dieselben um so beharrlicher ihr Ziel verfolgen und das Gewicht ihrer ökonomischen Organisation in die politische Waagschale werfen.

Die Stichwahlen in Österreich.

Die Stichwahlen zum Reichsrat, welche gestern stattfanden, haben den Erfolg der Sozialdemokratie noch vervollständigt, wie die zur Zeit vorliegenden Meldungen deutlich erkennen lassen. Wir bringen nachstehend die telegraphischen Berichte zum Ausdruck und werden später eine Würdigung des Gesamtergebnisses folgen lassen:

Wien, 23. Mai. Heute hatten die Christlichsozialen in Wien sechs Mandate zu verteidigen, vier gegen Sozialdemokraten, zwei gegen Bürgerliche, die von unseren Genossen unterstützt wurden. Im 7. Wiener Wahlbezirk kandidierte Genosse Franz Silberer, Gehilfenobmann der Bäcker, gegen den christlichsozialen Gegenkandidaten Julius Prochaska. Gewählt ist Prochaska. Im 12. Wiener Wahlbezirk unterlag der sozialdemokratische Kandidat, Buchhandlungsgehilfe Viktor Stein, ebenfalls dem christlichsozialen Kandidaten, Landesbeamten Anderle. Im 22. Wahlbezirk wurde der sozialdemokratische Zeitungshändler Wutschel gegen den christlichsozialen Kandidaten, Sekretär Josef Mendel, gewählt. Der 25. Wahlbezirk, wo der Kampf am erbittertesten geführt wurde, wählte den früheren Fiakerkutscher und jetzigen Krankenkassenbeamten Genossen Forstner; der extrem-antifemistische Mechaniker E. Schneider unterlag. Im 5. Wiener Wahlbezirk siegte mit Unterstützung der Sozialdemokraten der einzige „Sozialpolitiker“, der kandidierte, der Advokat Osner, über den Schuhmachermeister Jesewitz (christlichsozial). Im 17. Wiener Wahlkreis wurde der von den Sozialdemokraten unterstützte linksliberale Hofrat am Verwaltungsgerichtshof Freiherr von Hock gegen den christlichsozialen Bezirksvorsteher Josef Starp gewählt. Somit siegten in den Wiener Stichwahlen 2 Sozialdemokraten, 2 Christlichsoziale, 1 Sozialpolitiker, 1 Linksliberaler. Wien ist also vertreten durch 18 + 2 Christlichsoziale, 8 + 2 Sozialdemokraten, 1 + 1 Liberalen und einen Sozialpolitiker. In Linz wurden zwei Sozialdemokraten, Spielmann und Gruber, gegen zwei deutsche Volksparteiler gewählt. In Zwettl (Niederösterreich) wurde der Sozialdemokrat Hachenberg gegen den Christlichsozialen Zuleger, in Kumburg (Böhmen) der Sozialdemokrat Hannich gegen den Christlichsozialen Tschiedel, in Blanskö (Mähren) der Sozialdemokrat Banek gegen Dr. Stransky und der Sozialdemokrat Filipinski gegen Cernosek (Kl.), in Tri-

ent-Land der Sozialdemokrat Nvancini gegen Dr. Conel (Kl.) gewählt. — Von bekannten Gegnern sind Wolf und Graf Sternberg gewählt.

Wien, 23. Mai. Sozialdemokraten wurden ferner gewählt in: Wiener-Neustadt: Bernerstorfer gegen Dr. Prokop (Chr.-S.), Klagenfurt-Land: Lukas gegen Kirchner (D. Sp.), Teitschen-Stadt: Reizner gegen Schreier (Nld.), Teitschen-Land: Kunzki. Reuttschein: Rießner gegen Dr. Bobirski (Nld.), Gablonz: Bösmüller gegen Prade (Nld.), Znaim: Swoboda.

Wien, 23. Mai. Weitere sozialdemokratische Siege! In Triest II, Triest III und Triest IV wurden die Genossen Scabar, Bagnini und Oliva gewählt, in Jägerndorf-Land: Genosse Lupp. In Wamsdorf ist Bernerstorfer unterlegen. In Triest sind nur Sozialdemokraten gewählt! Bravo!

Von den 32 tschechischen Stichwahlen ist kein Sieg gemeldet. Dort triumphiert der bürgerliche Block.

Bisher haben wir 19 Stichwahlsiege zu verzeichnen; die sozialdemokratische Fraktion wird mindestens 85 Köpfe stark.

Unsere Stichwahlparole wurde peinlich genau eingehalten, sie hat den Klerikalen und Agrariern eine schwere Niederlage bereitet.

Innsbruck, 23. Mai. In Innsbruck II wurde der Sozialdemokrat Abram mit 2128 Stimmen gegen den Christlichsozialen Deutschmann, der 1520 Stimmen erhielt, gewählt.

Die Erfolge der österreichischen Sozialdemokratie haben alle Erwartungen weit übertroffen. Wir gratulieren dazu unseren braven Genossen, die mit Eifer und Geschick für die Sache des Proletariats gekämpft haben.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Ausbau der Arbeiterversicherung. In diesem Ausbau wird nach offizieller Versicherung jetzt im Reichsamt des Innern „noch mehr als schon vorher gearbeitet“. Die „Berliner Politischen Nachrichten“ schreiben darüber: „Es kommen dabei namentlich die Vereinheitlichung der Versicherungsgefeßgebung und die Witwen- und Waisenversicherung in Frage. Was die letztere betrifft, so ist ja durch das Sozialtarifgesetz der Beginn des Jahres 1910 als der späteste Zeitpunkt ihrer Einführung festgesetzt. Die Vorbereitungen für das Inslebenreten dieses neuen Versicherungszweiges sind schon seit längerer Zeit im Gange. Zunächst waren die Einzelregierungen zu Gutachten über Grundzüge aufgefordert worden. Das eingegangene Material wurde im Reichsamt des Innern zusammengestellt und ist dann bearbeitet worden. Man wird demnächst wohl so weit sein, den förmlichen Entwurf für das entsprechende Gesetz aufzustellen. Ferner ist die Verwaltung des Hinterbliebenen-Versicherungsfonds geregelt. Bekanntlich ist sie an die Verwaltung des Invalidenfonds angegliedert. Da die landwirtschaftlichen Bölle, durch deren Mehrerträge der Fonds ausgefüllt werden soll, im Jahre 1906 wenig eingebracht haben, so wird die neue Verwaltung allerdings vorläufig noch mit recht mäßigen Beträgen zu rechnen haben. Jedoch dürfte das Finanzjahr 1907 ein anderes, für den Fonds besseres Ergebnis liefern. Jedenfalls werden die Vorbereitungen für die Einführung der Hinterbliebenen-Versicherung so gefördert, daß die Einhaltung der im Sozialtarifgesetz bestimmten Frist als ganz sicher anzusehen ist. Die Vereinheitlichung der Versicherungsgefeßgebung wird sich insofern an den neuen Versicherungszweig anschließen, als die Bestimmungen über den letzteren gleich auf der einheitlichen Grundlage aufgebaut werden. Früher nahm man vielfach an, daß es sich bei diesem Gesetzgebungsakt um die Vereinheitlichung der Organisation der verschiedenen Versicherungszweige handeln würde. Graf Posadowsky hat im letzten Reichstagsungabschnitte Gelegenheit genommen, diese Anschauung als irrig zu bezeichnen. Es wird sich also nicht etwa um eine Verschmelzung der Träger der Invaliden- mit denen der Krankenversicherung oder gar beider mit denen der Unfallversicherung handeln. Sowohl die Krankenkassen, wie die Berufsgenossenschaften, wie schließlich die Invalidenversicherungsanstalten sollen bestehen bleiben. Der neue Gesetzgebungsakt wird

Sich auf die Vereinfachung der Rechtsbestimmungen beziehen, die Organisationen bleiben unangeführt. Wann in die legislatorische Behandlung beider Arbeiterversicherungsgeheimnisse eingetreten werden wird, ist noch nicht abzusehen. Der nächste Tagungsabschnitt des Reichstages wird wieder mit Gesetzgebungs-material stark belastet sein. Auch hierauf wird bei der weiteren Behandlung dieser Materien Rücksicht genommen werden. Man darf danach begierig darauf sein, was bei dem „Ausbau“ herauskommt.

Wilhelm II. und Dr. Peters. Im Verfahren gegen die „Münchener Post“ wegen angeblicher Beleidigung des Dr. Karl Peters war bekanntlich Wilhelm II. als Zeuge vorgeschlagen worden. In ihrer letzten Nummer gibt nun die „Münchener Post“ folgende höchst interessante Aufklärung über den Verlauf des Prozesses. Das Auswärtige Amt hat mit Rücksicht auf das Wohl des Reiches unter Berufung auf § 96 der R.-St.-V.-O. die Herausgabe der Disziplinarakten verweigert, dagegen bei dem Gerichte angeregt, es möge Dr. Peters die Vorlage der ergangenen Urteile anheimgelassen. Dr. Peters aber weigert sich, diese Urteile herauszugeben, in denen neben manchem andern rechtskräftig festgestellt ist, daß er sich des seines Amtes erforderlichen Ansehens unwürdig gemacht habe. Dagegen hat Peters einen seiner damaligen Verteidiger, den Rechtsanwalt Dr. Scharlach aus Hamburg, kommissarisch als Zeugen vernehmen lassen, der u. a. behauptet, daß sowohl der vormalige Kolonialdirektor Dr. Kayser, als auch der Reichskanzler und der Kaiser selbst die dem Dr. Peters zur Last gelegten Handlungen zu einer Zeit gekannt hätten, als er noch Ordensdekorationen empfangen habe und aufgemuntert worden sei, in der Erfüllung seiner Pflichten fortzufahren wie bisher. Da überdies der Kaiser später den Verurteilten begnadigte, so sei damit wohl der beste Beweis dafür geliefert, daß die Feststellungen der Disziplinarurteile und ihre Begründung an den höchsten Stellen für falsch gehalten würden. Der Verteidiger des Beklagten, Rechtsanwalt Dr. Vernehm, antwortete darauf mit dem Antrag, die Vernehmung des Kaisers darüber anzuordnen, daß der Behauptung des Dr. Peters, der Kaiser habe in Kenntnis der Petersschen Verbrechen ihm noch Auszeichnungen verliehen, unwahr sei, daß ferner die teilweise Begnadigung des Dr. Peters keineswegs eine Berichtigung der Disziplinarurteile sein sollte, sondern daß sie lediglich einen Ausfluß politischer Erwägungen war, daß endlich der Kaiser in unzweideutiger Weise zu erkennen gegeben habe, von einer Wiederverleihung eines Reichsamts an Dr. Peters, diesen könne nun und nimmermehr die Rede sein. Das Gericht hat diesen Beweisanspruch abgelehnt, weil er „zur Aufklärung des Sachverhalts nicht dienlich“ sei. Man wird darüber anderer Meinung sein dürfen. In sich macht die Verpflichtung, in einem Prozesse erhebliche Tatsachen zu bekunden, auch vor der Person des Kaisers nicht Halt, nur daß die Bundesfürsten das Privileg haben, statt im Termin zu erscheinen, sich in ihrer Wohnung vernehmen zu lassen und daß sie den Eid nicht nachzusprechen brauchen, sondern ihn durch Unterschriften der Eidesformel leisten. Inzwischen hat das Gericht zur Vernehmung über dieselben Dinge, für die es das Zeugnis Wilhelms II. abgelehnt hat, die Abgeordneten Arendt und Kardorff als Zeugen zugelassen, hat sich also mit sich selber in Widerspruch gesetzt.

Zeugniszwangsverfahren in Sicht? In der neuen Verhandlung im Prozeß Pöplau, die vor der 3. Strafkammer des Berliner Landgerichts I beginnt, sind von dem Angeklagten der Reichskanzler Fürst Billow, Staatssekretär Dernburg, Geh. Legationsrat Hoffstein, Gouverneur Dr. Seig, sowie die Abgeordneten Arendt, Bebel, Koeren und Erzberger geladen. Unter den übrigen Zeugen wird sich diesmal auch der Geheime expedierende Sekretär Schneider befinden, auf dessen Vernehmung der Angeklagte das letztemal so großen Wert legte, der aber damals wegen seines leidenden Zustandes nicht vor Gericht erscheinen konnte. Der sozialdemokratische Abgeordnete wird auf keinen Fall, wie es Herr Erzberger in einer widerlichen Komödie getan hat, seine Abgeordneteneinheit preisgeben. Dann kann das Gericht zur Zwangsfolter seine Zuflucht nehmen!

Das Ende eines Kolonialskandals. Wie die „Deutsche Warte“ wissen will, ist die Verabschiedung des Majors Fischer erfolgt, und zwar unter Gewährung der gesetzlichen Pension. Die Untersuchung hat fast 10 Monate gedauert.

Das Ende einer unrühmlichen Justizaktion. Der Redakteur Schlegel von der „Frankfurter Tagespost“, der seit Anfang April sich auf Anordnung des Amtsgerichts Rulmbach in Zeugniszwang befand und dem erst kürzlich auf seine Anfrage von demselben Amtsgericht kategorisch eröffnet worden war, er habe seine Haft bis zur Eröffnung, das heißt bis zum 17. Oktober, nachmittags 5 Uhr 10 Minuten, abzuschließen, wurde gestern nachmittag plötzlich aus der Haft entlassen. Die Rechtspflege, welche durch die Haft ein Zeugnis erpressen will, hat durch den Fall Schlegel sicherlich nicht an Ansehen gewonnen. Dabei war voranzusehen, daß der beabsichtigte Zweck bei einem sozialdemokratischen Redakteur niemals erreicht werden würde.

Eine „Studienfahrt“. Die Afrikaexpedition des Herzogs Adolf Friedrich zu Mecklenburg ist eine ganz private. Es hat nun sofort Aufsehen erregt, daß trotzdem mehrere Offiziere zur Teilnahme an diesem Unternehmen beurlaubt worden sind. Noch seltsamer aber ist, daß, wie jetzt bekannt wird, die Expedition einen nicht unbedeutenden Zuschuß aus öffentlichen Mitteln erhält. Wie die „Frankfurter Zeitung“ mitteilt, stehen für die Befreiung der Kosten 200 000 Mk. zur Verfügung. Der Herzog von Mecklenburg selbst, dessen Interesse, nach seinen früheren Afrika-Erkundungen zu urteilen, wesentlich auf die Jagd gerichtet sein dürfte, hat sich hieran mit 25 000 Mark beteiligt; der Rest ist von anderer Seite aufgebracht worden. So haben Berliner und auswärtige Museen und Institute erhebliche Summen beigegeben, und das Reich hat aus seinem „Afrikafonds“ nicht weniger als 60 000 Mark bewilligt, natürlich auf die Befürwortung des Vorsitzenden der landeskundigen Kommission für die Schutzgebiete, der selber

10 000 Mk. hergegeben hat und sozusagen „Manager“ der Expedition ist. Ferner hat 20 000 Mk. eine Berliner Zeitung zur Verfügung gestellt, deren Verleger zufällig auch der Vorsitzende jener Kommission ist. Hierfür soll die Zeitung die ersten fortlaufenden Berichte über die Expedition erhalten. Die wissenschaftlichen Begleiter sind sämtlich jüngere Fachleute der Botanik, Zoologie, Geologie und Ethnographie, die zum Teil von jenen Instituten oder Museen gestellt sind; sie erhalten keinerlei Gehalt oder Entschädigung, sondern nur freie Reise, und sind verpflichtet, während der Expedition nichts über sie zu veröffentlichen und von ihren Ergebnissen erst nach Erscheinen des Reiseberichtes Gebrauch zu machen. Die „Frankfurter Zeitung“ bezweifelt, ob die wissenschaftlichen, insbesondere die geographischen Ergebnisse der Expedition von großer Bedeutung sein werden. Als einer der wichtigsten Punkte steht auf dem Programm die sachmännliche Erforschung der Vulkane im Norden des Riwusees. Namentlich mit Rücksicht hierauf dürfte der Zuschuß aus dem Afrikafonds so hoch bemessen worden sein, hatte doch die erwähnte landeskundige Expedition die geologische Erforschung jener zum Teil noch tätigen Vulkane in ihrer ersten Denkschrift für eine der nächstliegenden wissenschaftlichen Aufgaben in den Schutzgebieten erklärt. Nun sei aber zu berücksichtigen, daß der Geologe der Expedition dieser wichtigen Aufgabe mit Rücksicht auf das Durchführungsprojekt des Leiters nur wenige Wochen widmen können. Um so bedenklicher müsse man es deshalb finden, daß diesmal die sonst so knausernde Verwaltung des Afrikafonds so tief in ihn hineingegriffen hat. Dem höchstens für den dritten Teil der bewilligten Summe wäre es möglich gewesen, dort ein ganzes Jahr lang einen Geologen zu stationieren. Bedenkt man ferner, daß der Afrikafonds bezw. die landeskundige Kommission für ethnographische Forschungen so wenig übrig hat, die für die Schutzgebiete viel dringender sind als vulkanologische, und berücksichtigt man die oben ange deutete ungewöhnliche Art der geplanten Vereinstatung über die Expedition, so wird man sein Befremden über diese starke Heranziehung eines staatlichen Fonds für ein privates Unternehmen nicht unterdrücken können. Dieser ganze Vorgang, den die „Frankf. Ztg.“ aus Licht gebracht hat, läßt wieder einmal erkennen, wie es hinter den Kulissen zugeht.

Österreich-Ungarn.

Furchtbares Blutbad in Galizien. In Trzebinja (Westgalizien), wo unser Genosse Kurowski in Stichwahl steht, die am Freitag stattfinden sollte, schossen nach Beendigung einer Wählerversammlung die Gendarmen in die Volksmenge. Acht Sozialdemokraten wurden getötet, etwa vierzig verwundet.

Rußland.

Russische „Pressfreiheit“. Der Stadthauptmann von Petersburg verbot das Erscheinen der Zeitung „Ruß“.

Ermordet. In Lodz wurde gestern der Direktor der Boznansky'schen Fabrik durch einen Unbekannten erschossen.

Die „schwarzen Hundert“ an der Arbeit. Die Monarchisten veröffentlichten in der „Nowoje Wremja“ einen offenen Brief an den Dumapäsidenten Solowin, der von 54 Mitgliedern der Duma unterzeichnet ist. Sie werfen in diesem Schreiben Solowin vor, daß er trotz der absichtlichen Abwesenheit des linken Blocks (Sozialdemokraten, Sozialrevolutionäre, Volkssozialisten und Arbeitsgruppe) erklärt habe, die Duma mißbillige einstimmig das Attentat auf den Kaiser. Der Brief schließt: „Ihre Worte über die Einstimmigkeit klangen uns wie Heuchelei und erscheinen uns unwürdig des hohen Postens, den Sie einnehmen. Wir halten es für unsere Pflicht, dies durch eine öffentliche Erklärung bekannt zu machen, damit Ihre Worte Rußland nicht irreführen und nicht den wahren Charakter dieser einstimmigen Erklärung verheimlichen.“ Die offiziöse „Moskowskaja Wjedomosti“ bringt charakteristischer Weise einen Auszug aus den Beschlüssen, die auf dem Moskauer Kongreß der schwarzen Hunderte verfaßt worden sind. In erster Reihe beschäftigte sich der Kongreß mit der Frage der öffentlichen Sicherheit. Darunter verstanden die Teilnehmer freilich einen solchen Zustand, der für ihr eigenes Gedeihen und für die Verwirklichung ihrer Umsturzpläne am vorteilhaftesten wäre. Daher lautet die Resolution des Kongresses, daß die Duma unverzüglich auseinandergerufen und gleichzeitig das jetzt geltende Wahlgesetz abgeschafft werden müsse. Die künftige dritte Duma soll kein Gesetzgebendes, sondern nur ein beratendes Institut sein. Der „politischen Unzuverlässigkeit“ verdächtige Personen sollen kein Wahlrecht besitzen und dürfen nicht Dumamitglieder sein. Falls sich ein Dumamitglied späterhin doch als unzuverlässig erweise, so müsse man ihm sein Mandat entziehen. Gleichzeitig mit Auflösung der zweiten Duma müsse man in ganz Rußland unverantwortliche Generalgouverneure einsetzen, die die Tätigkeit der sämtlichen Behörden und Beamten zu kontrollieren und zu beaufsichtigen hätten. Um den Generalgouverneuren ihre Aufgabe zu erleichtern, müsse man in ganz Rußland den Kriegszustand proklamieren. Die Feldgerichte für jegliche revolutionäre Handlungen und Vorbereitungen müßten wiederhergestellt werden. Außer den Feldgerichten müßten für revolutionäre Handlungen und Vorbereitungen noch bedeutende Geldstrafen auferlegt werden. In bezug auf Juden, Polen und Kaukasier müßten diese Geldstrafen, im Falle der Nichtaufsindung der Schuldigen bezw. ihrer Zahlungsunfähigkeit, auf ganze Ortschaften und Bevölkerungsgruppen gelegt werden. Die Juden, Polen und Kaukasier müßten unverzüglich entwaffnet werden, dagegen müsse man die Kampftruppen des Verbandes „echt-russischer“ Leute, sowie sonstiger „patriotischer“ Organisationen legalisieren. Es müssen ferner die strengsten Maßnahmen zur Zählung und Bändigung der Presse vorgenommen werden, u. a. soll für Redakteure ein Bildungs- und Besitzzensus festgesetzt werden. Daneben müsse die Regierung für Schaffung solcher Presseorgane sorgen, die im Volke „nationale“ und „patriotische“ Gefühle und Gedanken verbreiten. Das Institut

wählbarer Richter müsse abgeschafft werden. Im selben Sinne und Geiste behandelte man auch die übrigen politischen Fragen. Sehr eingehend wurde von den Kongreßteilnehmern auch der Plan einer Diktatur erwogen. Der Diktator soll den regierenden Kaiser eigentlich ganz in den Hintergrund drängen, letzterer soll dann also nur noch ein Scheinwesen führen. Und das sind die „Monarchisten“!

Finnland.

Die Reaktion in Finnland. Aus Helsingfors schreibt man der „Leipz. Volksztg.“ vom 19. Mai: Langsam aber systematisch geht die russische Regierung mit ihren Angriffen auf die konstitutionellen Zustände in Finnland vor. Vorläufig hat sie wohl keine größeren Aktionen im Sinne, das Zusammenbrechen der Herrlichkeit Bobrikows hat sie scheinbar zu einer andern Taktik bekehrt. Wer aber Gelegenheit gehabt hat, in letzter Zeit die verleumderische Presse der russischen Regierungsblätter gegen Finnland zu verfolgen, der konnte sich dem Eindruck nicht verschließen, daß gegen Finnland ein regelrechter politischer Unterdrückungsfeldzug unternommen werden soll. Als im Dezember vorigen Jahres der Senat gezwungen wurde, an die Gouverneure die Vorschrift ergehen zu lassen, den russischen Polizeibehörden bei Hausdurchsuchungen und Verhaftungen in Finnland niedrige Handlangerdienste zu leisten, bemerkten wir an dieser Stelle, daß es bei dieser Maßregel nicht bleiben werde. Die russische Regierung ist die ganze Zeit an den Senat mit immer neuen Forderungen herantretend, die alle den einen Sinn hatten, soweit als möglich denselben Polizeistaat in Finnland einzuführen, wie er noch heute in der ganzen Verwaltung Rußlands besteht. Wir haben hier auf diese Weise eine ähnliche Wohnkontrolle mit den üblichen Paßscherereien erhalten, wie drüben in der eigentlichen Domäne des russischen Bureaokratismus. Selbst in den Hotels wird jetzt ein Paß verlangt. Immerhin war die Abreise nach dem Ausland und die Ankunft aus dem Ausland bisher in den finnischen Häfen noch frei. Wohl war die Verordnung aus dem Jahre 1888, die die Paßkontrolle auf den ankommenden und abfahrenden Schiffen regelte, rechtlich nicht außer Kraft gesetzt worden. Unter Bobrikow wurde sie selbstredend mit drakonischer Schärfe ausgeübt, dann aber, als im Oktober 1905 unter dem Eindruck der großen Volksbewegung viele der alten Schranken wegsielen, scherte sich auch niemand mehr um jene alte Paßordnung. Die Schiffe liefen mit den Passagieren ein und aus, ohne daß von den Reisenden Pässe verlangt worden wären. Nun tritt aber die alte Verordnung wieder in Kraft. Die Dampfergesellschaften haben die Vorschriften erhalten, Schiffsakten nur an solche Reisende zu verkaufen, die einen Auslandspaß vorweisen können. Aber den Abgang eines Schiffes muß der Polizei am Tage vorher gemeldet werden, die dann bei dem Abgang des Schiffes durch Polizeikommissare die Pässe an Bord des Schiffes visitieren läßt. Bei der Ankunft eines Schiffes müssen die Passagiere ebenfalls ihre Pässe vorzeigen. Mit dieser Praxis soll mit dem morgigen Tage begonnen werden. In der Presse findet die Neubelagerung der Paßkontrolle scharfe Beurteilung und der Landtag, der in einigen Tagen zusammentritt, wird aufgefordert, dagegen Stellung zu nehmen. Ob das aber zu einer baldigen Befestigung der neuen Paßmaßregel führen wird, ist fraglich.

Zum Präsidenten des finnischen Landtages wurde gegen 58 Stimmen, welche die Altfinnen für ihren Kandidaten abgaben, der Advokat Svinhufvud, Vertreter der Partei der Jungfinnen, gewählt. Zu Vizepräsidenten wurden der Sozialist Dr. Urjin und Professor Baron Palmén, einer der Führer der Altfinnen-Partei, gewählt.

Frankreich.

Die rebellischen Weinbauern. Der Organisator der Protestbewegung der Weinbauern erklärte in einer Unterredung: Wenn die Regierung bis 10. Juni keine befriedigenden Maßregeln getroffen habe, so würde die Steuerverweigerung sowie die Demission der gewählten Körperschaften verfügt werden. Er fügte hinzu, daß das Exekutivkomitee Beschlüsse treffen werde, welche von allen Weinbauern befolgt werden müssen. Alle diejenigen, welche diesen Beschlüssen nicht nachkommen würden, würden als Verräter betrachtet werden. Am 9. Juni abends wird in Montpellier die Steuerverweigerung verfügt und der Regierung eine Frist von acht Tagen gegeben werden, nach deren Ablauf dann auch die Demissionen der Gemeinde- und Generalräte erfolgen werden.

Indien.

„Brunnenvergiftungen“. In der Umgegend von Rawalpindi sind seit längerer Zeit Gerüchte über Brunnenvergiftungen, die auf Veranlassung der Regierung geschehen seien, im Umlauf gewesen, ohne daß es der Polizei gelingen wollte, den Ursprung der Gerüchte festzustellen. Besonders stark war die Erregung der Bevölkerung über diese Gerüchte in Hajian-Abdal, wo es hieß, eine Krankheit wie die Pest sei dort nicht vorhanden, sondern die Regierung habe absichtlich durch besondere Sendlinge die Trinkbrunnen in ganz Punjab vergiftet und dadurch 100 000 Menschen wöchentlich hingerichtet lassen. Nunmehr ist es der Polizei gelungen, den Urheber dieser Gerüchte in der Person eines Simbu festzustellen und zur Bestrafung zu bringen. Er ist zu 2 Jahren schweren Kerkers und 500 Rupien Geldstrafe verurteilt worden. Ein Helfershelfer von ihm, der tatsächlich geheimnisvolle Klumpen in Brunnen gemorfen und dabei behauptet hat, daß er im Auftrage der Regierung handle, erhielt 18 Monate schweren Kerkers.

Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Freitag, den 24. Mai.

Achtung, Holzarbeiter! Zuzug nach Mölln (Lauenburg) ist fernzuhalten.

Travemünde. Gesperrt für Bauarbeiter ist das Geschäft von Schrömann.

Auf Kredit

Herren-Anzüge Mk. 8 Anz. an
 Herren-Überzieher - 8 - -
 Herren-Hosen - 3 - -
 Knaben-Anzüge - 3 - -
 Damen-Jackets - 3 - -

Manufakturwaren
 Sport- u. Kinderwagen
 in Wochenraten von Mk. 1 an.

Möbel für Mk. 98 Anz. Mk. 12
 Möbel - - 195 - - 24
 Möbel - - 258 - - 35

Alle Kunden ohne Anzahlung.
H. Kesten
 ant. Johannisstr. 20, I.

Kein Laden. — Ungeniehter Eingang.

Fettwaren-Ableitung.

Gute Landrauchwurst Pfd. 120 Pf.
 Gute " " 95 " "
 Schinken in Stücken " 100 " "
 Hornedbeef " 90 " "
 Ger. Lachs 1/2 Pfd. 25 und 30 " "

Käse-Abteilung.

Schweizerkäse Pfd. 80, 60 und 40
 Holländerkäse Pfd. 85
 Emmentaler Käse " 80
 Zillter Käse Pfd. 30, 40 und 60
 Limburger Käse Stück 40

Eduard Speck
 Süßstraße 80. Süßstr. 80.

Fr. Schweinefl. Pfd. 50 u. 55 Pf.

Fr. ger. Kollidultern Pfd. 85 Pf.
 Fr. ger. Schinkenpfe Pfd. 1.00 Mk.
 Fr. ger. Schweinebacken ohne Knochen 55 Pf.
 Fr. Kopf und Bein Pfd. 20
 Fr. Gehacktes Pfd. 60
 fetter Speck 70 und 80
 magerer Speck Pfd. 80
 Bestes Schmalz 65
 Geflügel - entmarkt 60 Pf., Leberwurst 60 Pf.,
 Braunschweiger 50 und 80 Pf., Brekwurst
 90 Pf., Korbwurst 60 Pf., Rubetter 50 Pf.,

ff. Muschnitt 1.00 Mk.
M. Labritz, Böttcherstr. 16.

Verein für Gesundheitspflege und Naturheilkunde.
Licht- und Luftbäder
 in Karlshof
 sind wieder eröffnet. Preise wie
 voriges Jahr. Karten daselbst.
 Sonntag, 2. Juni
Spielfest
 mit Konzert in Karlshof.

Ferienkolonien.

Abreise der Kinder nach Travemünde
 am Sonnabend, den 25. Mai, mittags
 1 Uhr 37 Minuten.
 Der Vorstand

Rote Rabatt-Marken.

Ausverkauf

sämtlicher

Schuhwaren

der Rudolf Krachtschen Konkursmasse.



Louis Levy

Marlesgrube

2 bis 6

Ecke Klingenberg.

Preise:

Damen-Spangenschuhe, schw.	225	Kinder-Ohrschuhe	0.70	Herren-Zugstiefel	4.50
Damen-Hauschuhe, rot	185	Kinder-Knopfstiefel, rot u. schwarz	1.85	Herren-Zugschuhe	2.85
Damen-Knopf- u. Schnürst., rot	450	Kinder-Regelstiefel	1.45	Herren-Schnürstiefel	4.50
Damen-Lederpantoffel	115	Kinder-Dopp.-Knopfstiefel	2.95	Herren-Boxcalfstiefel	8.50
			27/30	Herren-Lastingschuhe	2.65
			81/85	Herren-Segeltuchsch.	2.50

Gebrüder Barg, 5 Kohlmarkt 5.

Fernruf 1739.

Billiges Angebot in

Herren-Buckskin-Hosen

Ein Posten
Burschen- und Jünglings-Hosen
 Schrittlänge 52—72
konkurrenzlos billig.

Serie I Stück 2.15 Mk.
 Serie II Stück 2.90 Mk.
 Serie III Stück 3.90 Mk.
 Serie IV Stück 5.20 Mk.
 Serie V sonst bis 12.00 Mk. Stück 6.50 Mk.

In allen Größen u. Weiten vorrätig.
 In allen Größen u. Weiten vorrätig.

Eine Partie Schirmmützen Stück 50 Pfg.

Frisches Rehfleisch

per Pfund 30 Pfennig.
W. Holst, Bäckerstraße 13 a.

E. BOY, Fischhandlung
 Huxstr. 30. Telefon 115.

Sonnabend frisch eintreffend Markthalle 46
 Rotzungen, Schollen, Fischkarbon, Goldbutt.

Land-Schinken

im Gewicht von 12—40 Pfd., pro Pfd. 95 bis
 105 Pfg., im Ausschnitt pro Pfd. 1.60—2 Mk.,
 in Stücken von 3—5 Pfd., pro Pfd. 1—1.10 Mk.

Pa. Mecklenbg. Landmettwurst.
Heinr. Franck,
 Wahnstraße 67. Wahnstraße 67.

Achtung Dachdecker!

Oeffentliche Versammlung

aller in Dachdeckerbetrieben
 beschäftigten Arbeiter
 am Sonnabend den 25. Mai 1907
 abends 8 1/2 Uhr
 im Vereinshaus, Johannisstraße 46—52
 Tages-Ordnung:
 Lohnbewegungen und Streiks und die
 Stellungnahme zu den Unternehmer-
 Verbänden.
 Referent: Kollege Färber-Hamburg.
 Um zahlreiches Erscheinen ersucht
 Der Einberufer.

Zentral-Verband aller in der Schmiederei beschäft. Personen.

Mitglieder-Versammlung

am Sonnabend, 25. Mai,
 abends 8 1/2 Uhr
 im Vereinshaus, Johannisstrasse 46-52.
 Tages-Ordnung:
 1. Vortrag über: Entstehung der Krank-
 heiten durch Erkältung und die ersten
 Maßnahmen.
 Referent: Herr Dr. Schlomer.
 2. Vereinsangelegenheiten.
 3. Fragekasten und Verschiedenes.
 Die Ortsverwaltung.

Arbeiter-Radfahrer-Verein.

Gegründet 1894.
 Am Sonntag, den 26. Mai 1907:
Tour nach Mölln.
 Abfahrt 1 Uhr mittags vom Vereinshaus.

Secretz.

Einladung zum Ball
 des Radfahrervereins Freiweg
 verbunden mit Koffsofahrt und Verschießen
 am Sonntag, den 26. Mai.
 Anfang 4 Uhr.
 L. Frähmcke. Der Vorstand.

Wilhelm-Theater.

Sonnabend: Außer Abonnement.
 Jeder Platz 50 Pfg.
Der Tanzhusar.
 Anfang 8 Uhr.
 Sonntag: Doppel-Vorstellung.
Eine lustige Doppel-Ehe.
 Größter Schlager der Spielzeit.
Der Erbe von Baskerville.
 Anfang 6 Uhr.

Wochentags: Mittags v. 1—3 Uhr für Verkauf geschlossen

Mühlenstr. 5.
 Mühlenstr. 5.
 Mühlenstr. 5.
 Mühlenstr. 5.

Am
Klingenberg.

Total-Ausverkauf.

Sommer-Paletots.
 Herren-, Burschen-,
 Knaben-Anzüge.
 Arbeiter-Garderobe.

Die Verkaufspreise
 sind bis zur Hälfte
 des früheren Preises
herabgesetzt.

Fehlende Größen div. Artikel sind beisortiert u.
 werden gleichfalls zu Ausverkaufspreisen verabfolgt

Gelbe Terroristen.

Ein „Bund vaterländischer Arbeitervereine“ ist in Hamburg gegründet worden. 100 Delegierte, die „37 Arbeitervereine aus allen deutschen Gauen“ vertreten sollen, haben sich dort zu diesem löblichen Zwecke zusammengefunden. Sie haben auch bereits Wilhelm II. und den Fürsten Bülow antelegraphiert. Dem Reichskanzler ging folgendes Begrüßungstelegramm zu:

„Euer Durchlaucht sendet ehrerbietigen Gruß der Bund vaterländischer Arbeitervereine, der soeben von 37 Arbeitervereinen aus allen deutschen Gauen begründet worden ist zu Schutz und Förderung der Interessen aller treu zu Kaiser und Reich stehenden Arbeitnehmer unter Bekämpfung der Irrlehren der Sozialdemokratie und ihres Terrorismus auf wirtschaftlichem und politischem Gebiete.“

Desgleichen wurde dem Kaiser folgendes Telegramm gesandt:

„Eurer Majestät huldt in deutscher Treue der Bund vaterländischer Arbeitervereine, der soeben von 37 Arbeitervereinen aus allen deutschen Gauen begründet worden ist zur Wahrung der Interessen aller treu zu Kaiser und Reich stehenden Arbeitnehmer.“

Auf diese Telegramme sind folgende Antworten eingelaufen:

„Neues Palais, 19. Mai 1907.“

Seine Majestät der Kaiser und König haben Allerhöchst sich über den treuen Gruß des neubegründeten Bundes vaterländischer Arbeitervereine gefreut und lassen vielmals danken. Seine Majestät wünschen dem Bunde ein kräftiges Gedeihen und Gelingen in Treue zu Kaiser und Reich, zum Segen der deutschen Arbeiterschaft und des Vaterlandes. Auf Allerhöchsten Befehl der Geh. Rabinetsrat v. Lucanus.“

„Berlin, 19. Mai 1907.“

Die Begrüßung des neubegründeten Bundes vaterländischer Arbeitervereine hat mich aufrichtig erfreut. Ich erwiedere sie auf das herzlichste. Möchte es Ihrer Organisation gelingen, dazu mitzuwirken, daß denjenigen Arbeitern ein starker Halt geboten werde, welche auf die geistigen und sittlichen Güter nicht verzichten wollen, die Volk und Vaterland dem Menschen bieten.

Reichskanzler v. Bülow.“

Man sieht, die Arbeiter finden an „höchster“ und „allerhöchster“ Stelle durchaus die gebührende Beachtung. Wenn auch die Kongresse der organisierten deutschen Arbeiterschaft, die Millionen deutscher Arbeiter vertreten, nicht einmal der Besichtigung durch ein paar untergeordnete Geheimräte würdig werden, so finden doch einige tausend Arbeiter, die sich zu einem „vaterländischen Bund“ zusammenschließen, sofort das Gehör des Reichskanzlers und des Kaisers, wenn sie nur bekennen, daß sie sich an dem großen Niederreiten der modernen Arbeiterbewegung beteiligen wollen! Die zwei Millionen organisierten Arbeiter, die augenblicklich Gewerkschaftsorganisationen angehören, die auf dem Boden der modernen Arbeiterbewegung stehen, brauchen sich also nur der neuen vaterländischen Gründung anzuschließen, um sich sofort den Platz an der Gnadenpforte der kaiserlichen und kanzlerischen Gunst zu erwerben, die gegenwärtig so blendend den paar anonymen Männlein strahlt, die sich in Hamburg zu einem Konventikel zusammengefunden haben!

Der Holzhändler.

Roman von Max Kreger.

29. Fortsetzung.

Nachdruck verboten.

„Direktor Flüster, Augustus Flüster. Zauberkünstler und Roulettinhhaber“, säuselte der Kleine, indem er, sich würdevoll vorstellend, den spitzen Filzdeckel tief vom Haupte zog. „Gehört uns sehr.“ Hel Dulzers heiter ein und faßte ebenfalls an die Krampe seines Huttes.

„Meine Frau verschluckt Degen, und Hulda und Lilli tanzen auf dem Seil. Wir müssen arbeiten, um uns ehrlich durch die Welt zu schlagen.“ fuhr der Kleine fort. Die „Direktorin“ machte einen Wüchling und grinste freudig, wobei ihre noch gut erhaltenen Zähne sichtbar wurden. Die beiden Mädchen aber drückten sich zusammen und staunten Ottis Pelz an.

Aus dem Wagen ertönte Kindergeschrei. Die beiden Fensterlägelchen wurden geöffnet und der zottige Kopf eines alten Weibes wurde sichtbar, das den verumuminten Schreibhals im Arme hielt. Die losen, weißen Haarsträhnen hingen ihr über die hageren Büge, so daß die große und spitze Nase wie die einer Heze herausragte. Sie bewegte die Kiefer, als wenn sie laute, dann krächzte sie mit ihrer blechernen Stimme ungeniert hinaus: „Habt ihr auch die Nase zugebuddelt? Sie kriegt sonst die Kränke.“

Sie warf eine geflickte Pferdedecke hinaus, die der Direktor sofort aufhob und über den Grauschimmel breitete. Dann sagte er mit derselben Würde: „Das ist die Großmutter, meine Schwieger. Sie sagt wahr, aus den Karten und aus den Händen. Nicht wahr, Spulchen? Alles trifft ein, was Du sagst. Vielleicht versuchen's die Herrschaften einmal. Dann können wir doch zu einem Beherpfennig.“

„Dann werde ich Budi den Pfropfen geben und mir den Schal umbinden.“ krächzte die Alte wieder.

„Wie romantisch!“ sagte Otti.

„Ob das romantisch ist!“ rief Bassen ein. „Eine solche Vorstellung finden Sie selbst im Opernhaus nicht. Und dabei niedrige Preise.“

„Ich lasse mir gleich wahrfragen“, sagte Otti wieder. „Sie doch auch, Fräulein?“

Ob sie das freilich tun werden? Der „Bund vaterländischer Arbeitervereine“ ist unter den wunderbarsten Auspizien zustande gekommen. Von Arbeiterangelegenheiten, von Gewerkschaftsaufgaben wurde in Hamburg blühend gesprochen, dagegen hieß es schon in der einladenden Ansprache des Hamburger Vertreters Schaper, daß der Hauptfeind des vaterländischen Arbeiterbundes die Sozialdemokratie sei. „Wir wissen, wofür wir zu kämpfen haben: für Kaiser und Vaterland.“

Bisher glaubte man, daß Gewerkschaftsorganisationen in erster Linie für andere Dinge zu kämpfen hätten, für die Verbesserung ihrer Lage, für die Herabsetzung ihrer Arbeitszeit, für die Erhöhung der Löhne, für menschenwürdige Behandlung, für Verbesserung der Sozialgesetzgebung, für Bekämpfung der Belastung der Arbeiter durch ungerechte Steuern usw. Der Bund vaterländischer Arbeitervereine aber kämpft in erster Linie gegen die Sozialdemokratie, gegen die roten Gewerkschaften und „für Kaiser und Vaterland!“

Es war natürlich auch nur ein „zufälliges“ Zusammentreffen, daß ein Sekretär des Reichslägerverbandes, der ehemalige Bergarbeiter Gustav Ermert, den einleitenden Vortrag hielt. Dieser Herr legte seinen Ausführungen die „grundlegenden Bestimmungen“ des Verbandsstatuts zugrunde, in denen es hieß, daß der Bund die Bestimmung habe, alle in Treue zu Kaiser und Reich stehenden deutschen Männer, die in einem Arbeitnehmerverhältnis ständen, zum Kampf gegen die „politisch wie wirtschaftlich irreführende Sozialdemokratie“ zu vereinigen, daß der Bund ferner ein „gutes Einvernehmen zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer“ herbeizuführen und zu erhalten bestrebt sei, daß bei Streitigkeiten zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern nach Möglichkeit „die Wege friedlicher Verhandlung ohne Arbeitseinstellung“ einzuschlagen seien. In seiner Begründung führte der Reichslägerverbandssagator aus, daß Untertanen und Arbeitnehmer „natürliche Bundesgenossen“ seien.

Am zweiten Tage der Beratung hielt den einleitenden Vortrag wiederum der Sekretär des Reichslägerverbandes Herr Ermert. Wiederum paktete er gegen die „leichtfertigen Arbeitseinstellungen“ der Gewerkschaftsorganisationen los. Bei der energischen Vertretung der Arbeiterinteressen sei auch das Wohl der Gesamtheit zu berücksichtigen und danach zu handeln. Man müsse bestrebt sein, Kartellverbände aller nichtsozialdemokratischen Organisationen der Arbeiter zu schaffen. Ausführungen, die der Vorsitzende Schaper-Hamburg wieder dahin ergänzte, daß es hauptsächlich darauf ankomme, die Gewaltherrschaft der roten Gewerkschaften zu brechen. In der Diskussion spielte sich darauf folgende höchst bezeichnende Episode ab:

Höfke-Riel: Ich kann nur wiederholt davor warnen, daß wir uns in die wirtschaftlichen Kämpfe einmischen. Das sollten wir z. B. den Hirsch-Dunkerschen Gewerkvereinen überlassen, die schon seit vierzig Jahren in den wirtschaftlichen Kämpfen die Grundsätze vertreten, die wir jetzt aufstellen wollen. Wir können nur ein politischer Kampfverein gegen die Sozialdemokratie sein, sonst treiben wir einen neuen Keil in die nationale Gewerkschaftsbewegung. Wo sich nationale Arbeitervereine als wirtschaftliche Verbände gegründet hätten, wären sie nur den Arbeitern in den Rücken gefallen, die ernst-

haft an der Verbesserung ihrer Lebenslage gearbeitet hätten. (Teilweiser Beifall, lauter Widerspruch.)

So sei es auf den Howaldtswerken in Kiel gewesen, bei Siemens-Schuckert und in Magdeburg. Der neue Bund dürfe keine Streikbrecherorganisation werden. Kampf gegen die roten Gewerkschaften, aber heilige Berufsvereine. Keine gelben Gewerkschaften von Streikbrechern. (Anhaltende Unruhe.)

Vors. Schaper: Es ist ein unerhörter Vorgang, daß sich nach unseren Friedensbetuerungen hier ein Hirsch-Dunkerscher unter falscher Flagge einschleicht, um gegen den Bund Propaganda zu machen. (Beifall.) — Höfke-Riel: Der nationale Arbeiterverein für Kiel und Umgegend von 1898 hat mir die Besetzung mitgegeben, falls der Bund vom politischen auf wirtschaftliche Gebiet übergreift, nicht mitzumachen. — Ermert-Waldenburg: Die Hirsch-Dunkerschen Gewerkvereine können nichts leisten. Sie liegen seit ihrer Gründung im Sterben und haben keine 100 000 Mitglieder. — Vors. Schaper: Es liegt also so, daß wir einem beabsichtigten Komplott gegen den Bund gegenüberstehen. Mit Leuten, die sich als unsere Gäste so unerhört benehmen, diskutiert man am besten gar nicht mehr. (Lebhafter Beifall.) Ein Schlufantrag wird angenommen. Die Thesen des Referenten finden einstimmige Annahme.

Ein köstliches Bild! Der Vertreter der „vaterländischen“ Kieler Gewerkschaft, die bereits im Jahre 1898 gegründet wurde, warnte davor, den „Bund vaterländischer Arbeitervereine“ zu einer gelben Gewerkschaft zu stampeln. Als er daraufhin als Hirsch-Dunkerscher Eindringling von dem Reichsverbandler Ermert denunziert wird, beruft er sich auf sein zweifellos „nationales“ Mandat. Aber der Vorsitzende Schaper entzieht ihm das Wort und stranguliert sofort jede Diskussionsfreiheit. Der „nationale“ Delegierte, der auch nur einen Funken von proletarischem Klassenbewußtsein bekundet, wird schön devergalligt! Die Diskussion wird geschlossen und sofort die Abstimmung vorgenommen. Und diese unter der Flagge des Reichsverbandes segelnden gelben Terroristen behaupten, gegen den „roten Terrorismus“ ankämpfen zu wollen!

Schamloser konnte sich der Bund der vaterländischen Arbeitervereine nicht als Schrittmacher des Reichslägerverbandes entlarven. Diese „vaterländischen“ Arbeiter haben gleich bei ihrem Zeugungsakt ihren Tod besiegelt. Zu solchen Gesellen zu halten, werden sich die Hirsch-Dunkerschen, ja, werden sich selbst die „nationalen“ Arbeitervereine schämen!

Der Reichslägerverband mag politisch noch eine Rolle spielen, gewerkschaftlich hat er mit dem famosen Hamburger Gründungstag ausgepielt! („Vorwärts.“)

Ginné.

Zu seinem 200jährigen Geburtstag.

„Dich verwirret, Geliebte, die tausendfältige Mischung dieses Blumengewächs über dem Garten umher.“

So beginnt Goethe das schöne Gedicht, sozusagen die poetische Blumenkronen seiner geistvollen Abhandlung über die „Metamorphose der Pflanzen“, worin er, der auch ernst und erfolgreicher Naturforscher war und mit Fug zu den Vorläufern Darwins gezählt wurde, auch die Botanik mit manchen glücklichen Ideen gefördert hat.

Nicht bloß die „Geliebte“, alle Welt, auch die Gelehrten waren in früheren Zeiten verwirrt von dem

Die Hänfling rümpfte die Nase und dankte. Sie begreife nicht, wie aufgeklärte Menschen auf solchen Zauber noch etwas geben könnten.

„Sie befürchtet nur, etwas Unangenehmes zu erfahren“, raunte Otti Paffen zu.

Dulzers hatte den Wagen gemustert. Die Hilfslosigkeit der Leute tat ihm leid. Ob man denn keinen Hebebaum habe, fragte er, und als er eine verneinende Antwort erhalten hatte, wandte er sich an den Grafen, der teilnahmslos, wie unangenehm berührt, beiseite stand und die Chaussee hinausblickte, wo Karl mit dem Schlitten und dem Fuhs langsam herantam.

„Wie wär's, Herr Graf, wenn wir aus der Not einmal eine Tugend machten und kräftig Hand anlegen würden“, sagte Dulzers mit versteckter Bittigkeit. Gar zu gern hätte er ihn noch einmal in die Enge getrieben, wenn auch auf andere Art.

Luz lächelte spöttisch, dann lehnte er mit einem Achselzucken ab. Er sei auf Befestigung derartiger Hindernisse nicht präpariert. Er taxiere aber, daß Dulzers das Kunststück ganz allein fertig bekomme.

Wenn es darauf ankommt, Herr Graf, gewiß.“ Es reizte ihn förmlich, Luz einmal seine ganze Kraft zu zeigen, wenn auch nicht am eigenen Fleische. Der Naturlaut in ihm regte sich wieder, der über die Verlogenheit des Emporkömmlings triumphieren wollte.

Die Direktorin schlug die Hände zusammen; ihr Mann jedoch wagte den Deckel nicht mehr aufzusetzen, seitdem der Graf ihn hypnotisiert hatte. Ganz untertänig stand er beiseite und harrete dann der Dinge, die da kommen würden.

„Hoi, hoi — da bin ich auch bei“, sagte Paffen und streifte die Handschuhe ab. „Ich bin ganz Ihrer Meinung, Berehrtester, — wo das Volk in Nöten ist, muß man ihm beispringen.“ Es kitzelte ihn ebenfalls, Luz eine Spitze ausstrecken.

Dulzers hatte gepiffen und dadurch Karl mit den Rappen im Trabe herbeigeloht. Nun zog er seinen Pelz ab, legte ihn in den Schlitten und gab dem Kutscher den nötigen Wink, sich mit an die Arbeit zu machen.

„Spulchen, willst du nicht 'rauskommen?“ rief der Kleine in den Wagen hinein. „Deine Knochen wiegen doch auch noch zehn Pfund.“

„Ich komme schon. Ich mach' mich nur fein für die Herrschaften“, krächzte es wieder durch das Fenster, dann kam sie, auf einen Stock gestützt, die Stiege heruntergehumpelt, gebückt wie eine Dornralche auf der Bühne. Sofort sah man ihr an, daß sie die Alte nur markierte, denn oben am Fenster hatte sie groß und schlank wie eine Riesin ausgesehen. Sie kam nicht allein. Hinter ihr drängten sich noch zwei ungemachene Bengel heraus, etwa zwischen sechs und neun Jahren, die sofort die Hände voll Schnee nahmen und sich damit gegenseitig das Gesicht wuschen, wobei sie in einem merkwürdigen Klauerwelsch johlten, das stark an die Markt- und an Sackhen erinnerte.

„Entschuldigen die Herrschaften nur.“ fühlte sich der Direktor wieder verpflichtet zu sagen, „das ist Rudi und Robi, genannt die beiden Knobies.“ Sie sind mir beim Zaubern behilflich. Wenn sie losgelassen werden, sind sie immer ein bißchen wild. Rudi hat mehr Talent. Er macht schon den Luftsprung und soll nächsten unter die Artisten gehen. Auch auf den Clowns ist er schon hinaus. Das hat er den Zirkusleuten auf den Jahrmärkten abgesehen.“

Gundeggebell ertönte im Wagen, so daß Otti zu Fräulein von Hänfling sagte: „Mein Gott, da ist ja noch mehr Familie.“

„Es ist nur Pitt, unser Budel, der sich gewiß allein da drin langweilt.“ sagte der Direktor wieder. „Pitt, wirst du wohl ruhig sein!“ rief er dann durch das offene Fenster, indem er sich mit einem Anfaß in die Höhe reckte, so daß sein Gesicht in den Wagen ragte. „Es sind keine Herrschaften draußen, und du weißt doch, wie man sich einer gräßlichen Familie gegenüber zu benehmen hat.“

Dann machte er den Versuch, mit Hilfe des Kutschers die Nase zu heben, während die Frau das Rad bereit hielt. Aber es ging trotzdem auch so nicht, als selbst Paffen zur großen Befestigung Ottis ebenfalls noch seine ganze Kraft anwendete.

Es war ein seltsames Bild: der dämmerige Wintertag, die Einsamkeit im Walde, der verlassen, vornehme Schlitten

Strafkonto der Presse. Vor dem Schöffengericht zu Mülhausen i. E. stand am 17. Mai eine Befehlsgelastung des katholischen Pfarrers Duffere von Hünningen gegen den Genossen Jean Martin von der „Mülhauser Volkszeitung“ zur Verhandlung. Im November vorigen Jahres erschien in der „Volkszeitung“ eine Korrespondenz aus Hünningen, in der mitgeteilt wurde, daß fünf junge Burchen eine Frau in unflätlicher Absicht überfallen hätten, daß diese Burchen Mitglieder des katholischen Jünglingsvereins und also Schützlinge des Pfarrers gewesen seien. Sie seien nicht sofort nach dem Vorgange ausgeschlossen worden und man werde wahrscheinlich die Ungelegenheit vertuschen wollen. Nach Durchführung der Verhandlung ergab sich, daß der Wahrheitsbeweis nicht völlig erbracht werden konnte; es gehörten von den in Frage kommenden Burchen nicht alle dem Jünglingsverein an, und diejenigen, die Mitglieder waren, seien alsbald nach Bekanntwerden des Vorfalles aus dem Verein ausgeschlossen worden. Der Vertreter des Privatklägers, Rechtsanwalt Kieber, suchte in seinem Plaidoyer darzutun, daß nur eine hohe Gefängnisstrafe eine genügende Sühne sei. Das Gericht kam dem Wünsche in sehr weitgehender Weise entgegen, indem es unter Würdigung der Vorstrafen auf eine Gefängnisstrafe von zwei Monaten erkannte.

100 000. Der „Courier“, Organ des Handels- und Transportarbeiterverbandes, hat mit seiner Nr. 10 vom 19. d. J. eine Auflage von 100 000 erreicht. Der Courier ist das neueste Gewerkschaftsblatt, das nimmerehr in einer Auflage von 100 000 oder mehr Exemplaren erscheint. Vor ihm erreichten diese Zahl die Fachblätter der Metallarbeiter (zurzeit 862 700 Auflage), der Maurer, Holzarbeiter, Bergarbeiter, Textilarbeiter und Fabrikarbeiter. Die sieben Gewerkschaftsblätter haben zurzeit eine Auflage von zusammen rund 1 200 000.

Zum Hafenarbeiterstreik in New York. 400 Streikbrecher, von der White Star-Linie angestellt, sind zu den Streikern übergegangen. In Hoboken wurde ein Streiker erschossen und ein anderer verwundet, als sie sich Streikbrechern näherten.

Aus Nah und Fern.

Aus Angst zur Kindesmörderin geworden. Zum Grubenarbeiter und Hausbesitzer Stamper in Gaiduska kam, wie aus Kattowich gemeldet wird, ein galizischer Schmuggler und bot der Frau Stamper Spiritus zum Kauf an. Bei der Bezahlung kam es zwischen beiden zum Streit. Der Schmuggler lief zur Polizei und wollte Frau Stamper wegen des Verkaufs von unverzolltem Spiritus zur Anzeige bringen. Voller Angst warf die Frau den Behälter mit dem Spiritus in das brennende Küchenfeuer. Sofort erfolgte eine mächtige Explosion, durch welche das Haus in Flammen aufging und zwei Kinder der Stamperischen Eheleute verbrannten. Frau Stamper erlitt lebensgefährliche Brandwunden.

Recinflussung der Richter. Wegen Kupperei hatte sich die Ehefrau des Invaliden Gustav Schmidt vor dem Kölner Schöffengericht zu verantworten. Schukmann Franz befandete, es seien noch unlangst zwei sechzehnjährige Mädchen aus dem betreffenden am Mühlenbach gelegenen Hause herausgeholt worden. Der Vertreter der Staatsanwaltschaft, Gerichtsassessor Rey, führte aus, der Regierungspräsident habe sich beim Oberstaatsanwalt beschwert, daß die Urteile in Kuppereiprozessen zu milde seien. Trotz der Anstrengungen der Polizei bestrafe das Gericht die Kuppeler nur mit drei oder fünf Tagen Gefängnis. Die Angeklagte sei wiederholt bestraft; er beantrage zwei Monate Gefängnis. Der Verteidiger, Rechtsanwalt Buhr, führte demgegenüber aus: wenn der Herr Regierungspräsident glaube, daß er mit seiner Beschwerde einen Einfluß auf die Unabhängigkeit der deutschen Rechtsprechung ausüben könne, so sei er im Irrtum. Schon der Kirchenvater Augustinus habe gesagt: Man schaffe die Prostitution aus der Welt, und die menschliche Begierde wird alles verzehren. Das Gericht setzte zwei Wochen Gefängnis fest. Die Prostitution könne, so führte Amtsgerichtsrat Geisler aus, wie der Verteidiger betont habe, nicht ausgerottet werden. Die Gerichte müßten aber dafür sorgen, daß sie nicht überwuchere; die Meinung des Regierungspräsidenten könne in keiner Weise

für das Gericht maßgebend sein. Wegen unerlaubten Bierauschanks erhielt die Angeklagte noch 20 Mark Geldstrafe. — Der Gerichtsvorsteher ist im Irrtum, wenn er sagt, die Prostitution könne nicht abgeschafft werden. Richtig ist, daß kapitalistische Gesellschaftsordnung und Prostitution unzertrennlich sind. Erst in der sozialistischen Gesellschaft wird das Uebel der Prostitution beseitigt werden können, wo kein Weib mehr durch Not gezwungen sein wird, sich zu verkaufen.

Empöbter Bürgerstolz. Ein lässliches Geschichtchen meldet das „Berl. Tageblatt“ aus Wiesbaden: „Die Wiesbadener Festtage haben, wie uns ein Privattelegramm meldet, in der Bäderstadt eine tiefgehende Berstimmung hinterlassen, die sich allerdings ausschließlich (1) gegen den Generalintendanten v. Hülsen richten soll. Als am Eröffnungstage das neue Kurhaus eingeweiht wurde und sich der Magistrat, die Stadtverordneten und die obersten Stadtbeamten mit ihren Ehrengästen versammelt hatten und des Kaisers harrten, stellte Herr v. Hülsen in auffallend brisantem Ton, indem er auf die Stadtverordneten hinwies, die Frage: „Was sind denn das für Leute? Wie kommen denn die Leute da hin?“ Von städtischer Seite wurde Herr v. Hülsen in höflicher, aber bestimmter Weise erklärt, daß diese Leute „Ehrengäste, die amtlichen Vertreter des Hausherrn, nämlich der Stadtgemeinde, seien. Die Affäre wird jedenfalls nicht ohne Nachspiel in der Stadtverordnetenversammlung bleiben.“ Der Generalintendant schnarrt in „auffallend brisantem Ton“ die Leute an. Die Antwort aber erfolgt „höflich“. Nachträglich aber wollen die Briskierten unter sich eine Lippe riskieren. Warum? „Den Leuten“ ist doch ganz recht geschehen. Warum gehen sie hin, wo sie nichts zu suchen haben?

Aus der Korrespondenz des „Reichsfliegenverbandes“ ist in verschiedene bürgerliche Blätter die Notiz übergegangen, daß folgendes Gedichtchen in der sozialdemokratischen „Wahlzeitung“ für den 17. Reichstagswahlkreis gestanden hätte:

O ihr Rowdys! Lügengesinde,
Glende Bande voller Schwindel,
Kreche Burchen, die da staken
Im Sumpf der Reichsverbandskloaken!
Ihr politischen Meuchelmörder
Die der Teufel flugs beförder
In der Sölle tiefsten Grund)
Strauchdieb, Schmierfink, Krogen und
Schamlose Versammlungsprenger
Die man dulden darf nicht länger.
Döchst brutale Kapitalisten,
Schuhbefohlen den Polizisten,
Liberiner at cetera
Jetzt ist euch die Rache nah!

Es muß festgestellt werden, daß dieses an sich gar nicht unzutreffende Gedicht nicht in der „Wahlzeitung“ enthalten war. Jemand ein Reichsverbandsbändler, die sich ja selbst am besten kennen müssen, wird dieses Selbstporträt gezeichnet haben und es wird nun in bei diesen Leuten ungewohnter Bescheidenheit versucht, die „Ehre“, dieses Poem verbroschen zu haben, der „Wahlzeitung“ zugeschoben. Wir anerkennen das „geistige Eigentum“ anderer, auch unsere Gegner, immer und stellen darum fest, daß dieses Gedicht nicht in der „Wahlzeitung“, aber in der „Korrespondenz des Reichsfliegenverbandes“ gestanden hat.

Eine Mieseneuersbrunst. Das „Scho de Chine“ berichtet: Die Stadt Bodune in der nördlichen Mandschurei ist am 7. April durch eine Feuersbrunst zerstört worden. 43 Wohnhäuser sind ein Raub der Flammen geworden. 25 Personen und 2000 Stück Rastvieh sind umgekommen.

Brennender Dampfer. Der Dampfer „Naomi“ verbrannte auf der Fahrt von Grand Haven nach Milwaukee bis zur Wasserlinie. Die 50 Passagiere wurden gerettet, vier Mann von der Besatzung kamen ums Leben.

Mit dem Automobil zum Südpol. Aus New-York wird gemeldet: Mit den Plänen, das Automobil in den Dienst der Polarforschung zu stellen, wird es jetzt ernst. Dr. Frederick A. Cook, der bereits 1891-92 an Pearys Expedition und 1896-99 an der belgischen Südpolarexpedition teilge-

nommen hat und der sich erst kürzlich durch die erste Besteigung des Mount McKinley in Alaska als unerschrockener Forscher erwies, hat jetzt seine Pläne soweit gefördert, daß er hofft, bereits in zwei Monaten die Ausreise nach dem Südpol antreten zu können. Er hat die von dem bekannten Polarforscher Kapitän B. S. Osborn angeregten Ideen mit aller Energie aufgegriffen und hält allen Zweifeln zum Trotz an der Anwendung des Motorwagens fest. Schon Osborn hat darauf hingewiesen, daß Gasolin nicht unter Frost leidet und daß das Automobil praktisch gleich als Wohnstätte dienen könne. Dr. Cook glaubt zwar nicht, daß eine Nordpolreise mit Kraftwagen Aussicht auf Erfolg biete, weil der Nordpol von strömungsstarken Meeren und treibenden Eismassen umgeben ist. Am Südpol dagegen liegen die Verhältnisse wesentlich günstiger; kein Schiff kann sich dem Pol auf mehr als 750 englische Meilen nähern, von hier ab aber ist alles hartes, festes Eis und Schnee. Dr. Cook hat im Vertrauen auf diese günstigen Aussichten besondere Motorwagen konstruiert, die es ihm ermöglichen sollen, mit einer Stundengeschwindigkeit von 10 englischen Meilen über die Eisfläche fortzukommen. Jeder Wagen soll zwei Mann und die nötigen Vorräte mitführen. Die Fahrzeuge haben in ihrer äußeren Form fast das Aussehen von Motorbooten. Dr. Cook spricht mit großem Vertrauen von seinem Unternehmen; daß er ein äußerst energischer und zu höchster Kraftanspannung fähiger Mann ist, hat er durch die Überwindung der außerordentlichen Schwierigkeiten bei der Besteigung des Mount McKinley gezeigt.

Sprechsaal.

(Für den Inhalt dieser Rubrik übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.)

Aus dem Bereiche der Güterverwaltung.

Am Freitag vor Pfingsten ist den Bodenarbeitern der Lübeck-Altkirchner Eisenbahn endlich der langersehnte Zuschuß ausbezahlt worden. Leider hat der Güterverwalter acht Bodenarbeiter vergessen. Warum sind diese Leute ausgeschlossen und weshalb ist ihnen auf ihr Gesuch, das sie eingereicht haben, von Herrn Geheimrat Brecht nicht einmal mitgeteilt worden, daß sie von der Ausbezahlung ausgeschlossen sind? Sie haben doch ebenfalls Gesundheit und Kraft bei der Eisenbahn gelassen; sind sie nun des Zuschusses unwürdig? Jeder Arbeiter ist doch seines Lohnes wert. Auch die Güterbodenarbeiter sind gewillt, ihre Familien ehrlich durchzubringen. Ein Güterbodenarbeiter.

(Anmerk. der Redaktion: Es scheint bei der Eisenbahnverwaltung in Lübeck üblich zu sein, bei Gewährung von Zuschüssen und Gratifikationen einzelne Arbeiterkategorien zu übergehen, damit ja die Unzufriedenheit nicht ausbleibt. Am besten helfen sich die Arbeiter selbst, wenn sie ihrer Organisationsfunktion betreten und ihre Forderungen dann mit Nachdruck vertreten.)

Literarisches.

„Über Verfassungswesen“ von Ferdinand Lasalle. Drei Abhandlungen: über Verfassungswesen. — Was nun? — Macht und Recht. Neue Ausgaben mit Einleitungen versehen von Eduard Bernstein. Verlag: Buchhandlung Vorwärts, Berlin. Preis 1 Mk. Volksausgabe 50 Pf. E. Bernstein schreibt in seinem Vorwort: Von allen politischen Abhandlungen Ferdinand Lassalles ist keine so ganz und gar aktuell geblieben, wie sein Vortrag „über Verfassungswesen“. Nicht Bietat gegen einen großen Vorkämpfer, sondern Blick gegen die lebenden und insbesondere die heranwachsenden Kämpfer gebietet in erster Reihe, ihn mit seinen Ergänzungen „Was nun?“ und „Macht und Recht“ allzeit zugänglich zu erhalten. Es ist noch heute eine Propagandazuschrift ersten Ranges, die der ungeheuerste Leser mit Leichtigkeit versteht und die selbst der erfahrene Politiker immer wieder mit Frucht nachlesen wird.

Verantwortlicher Redakteur: Paul Löwig.
Verleger: L. H. Schmarh. Druck: Friedr. Meyer u. Co.
Sämtlich in Lübeck.

Für die zahlreiche Teilnahme und Kranzspenden bei der Beerdigung unseres lieben Entschlafenen sowie Herrn Pastor Urndt für die trostreichen Worte am Sarge sagen ihren besten Dank.

O. Schütt und Frau.

Unserem Kollegen Fritz Koth nebst Gemahlin zur silbernen Hochzeit senden die besten Wünsche seine Kollegen
G. W. M. B

Zu kaufen gesucht zwei junge gut milchgebende Ziegen
H. Bruse, Schönböckenerstraße 16.

Zu verkaufen ist sofort wegen Alters ein klein. freundl. Wohnhaus m. 2 kl. Wohng. Obertrab, Rosenhof 29.1.

Haarwuchsmittel
empfiehlt
H. Wulfi, Gartengrube 52.

Betten, Bettfedern
u. a. **Betten-Artikel**
kaufen Sie billig und recht bei
Markt **Otto Albers** Kohlm. 10.
A. B. komplette Betten von 12,50 Mk. an, Federn pr. Pfd. von 45 Pf. bis 4 Mk.
OO Rote Lubeca-Marken. OO

Uhren, Gold- u. Silberwar.
anerkannt billig bei
Ernst Gentzen
Uhrmacher,
Königsstraße 62, bei der Schar

Schirmfabrik und Hut-Bazar
von
H. Stoppelman
empfiehlt
in größter Auswahl
zu billigsten Preisen:
Stroh Hüte, Filzhüte,
Claphüte, Seidenhüte
und Mützen, Regen- und Sonnenschirme.
Nur eigenes Fabrikat.
Gebe rote Rabattmarken oder 4 Prozent in bar.
16 Holstenstr. 16 u. Königstr. 73, Eingang Huxstr.

Schulschreibhefte
empfiehlt die
Buch- und Papierhandlung von **Friedr. Meyer & Co.**
Johannisstraße 46.

Pimp-, Pimp-, Pimp- Käse
Grosses Format in allen Läden und Wagen.
Hansa-Meierei.

Billiger Schuhwaren- Ausverkauf.
Der Rest des Hauptlagers vom Verein der Schuhwarenhändler, Beckergrube 50, im Flügel, soll schnell zu jedem annehmbaren Preise ausverkauft werden.
Günstigster Einkauf für Wiederverkäufer. Lager wird auch ev. im ganzen abgegeben. Verkauft wird nur nachmittags 4-8 Uhr Beckergrube 50, im Flügel.

Eröffnet!
Milch-
Eint-
Garten.
Hansa-Meierei

